Kurt Plück

Innerdeutsche Beziehungen auf kommunaler und Verwaltungsebene, in Wissenschaft, Kultur und Sport und ihre Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland

Einleitung
I. Die fortdauernden Beziehungen im Bereich von Post, Personenverkehr und Allgemeiner Verwaltung (Rechts- und Amtshilfe)
   a) Post
   b) Personenverkehr
   c) Allgemeine Verwaltung
II. Die ungeregelten Verbindungen und Kontakte im Bereich von Kultur, Wissenschaft und Sport von 1949–1972
   a) Kultur und Wissenschaft
   b) Sport
III. Die Regelung innerdeutscher Verbindungen und Beziehungen
   a) Vertragliche Regelungen und die Entwicklung im Bereich von Post, Verkehr und Verwaltung
   b) Die Entwicklung im Bereich von Kultur und Wissenschaft auf der Grundlage vertraglicher Regelungen
   c) Der Sportverkehr auf vertraglicher Grundlage
IV. Innerdeutsche Städtepartnerschaften
V. Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland
Bibliographische und Quellenhinweise

Einleitung

Die politische Würdigung der innerdeutschen Kontakte und Beziehungen kann nur im Zusammenhang vorgenommen werden. Keines der Beziehungsfelder läßt sein relatives Gewicht für den Zusammenhalt des deutschen Volkes für sich allein abschätzen. Ohne einen – wenn auch eingeschränkt funktionierenden – Post- und Reiseverkehr etwa, ohne die Einsicht auch, daß seit Jahrhunderten Zusammengewachsenes in den ersten Nachkriegsjahren systematisch auseinandergerissen wurde, ist die Bedeutung innerdeutscher Kontakte und

Beziehungen für die Entwicklung bis zur Wiedervereinigung Deutschlands weder vorstellbar noch zu beurteilen.

Deshalb ist zunächst ein Blick auf die ersten Nachkriegsjahre zu werfen, in denen – ausgehend von einer trotz Kriegszerstörungen im wesentlichen einheitlichen Verwaltungsstruktur – die unterschiedliche Entwicklung zweier Verwaltungseinheiten zu zwei selbständigen Staaten einsetzte. Diese im Osten politisch forcierte Entwicklung stieß naturgemäß auf das Beharrungsvermögen gewachsener Strukturen und auf den politisch motivierten Gegenwillen der Menschen.

Am Ende des von Hitler begonnenen und von Deutschland verlorenen Krieges hatten die Siegermächte Deutschland zum Zwecke der Besetzung in vier Zonen eingeteilt und die östlich von Oder und Neisse gelegenen Provinzen polnischer Verwaltung unterstellt. Ihre Deklaration vom 5. Juni 1945 bezog sich aber ausdrücklich auf Deutschland als Ganzes. Die Potsdamer Konferenz legte fest, Deutschland als Wirtschaftseinheit zu behandeln. Selbst wenn von vornherein ein Wille zur endgültigen Teilung wirksam gewesen wäre – die durchgreifende Einverleibung der jeweiligen Besatzungszone in den eigenen Herrschaftsbereich mußte gegen den Willen der anderen Alliierten durchgesetzt und unter Inanspruchnahme der vorhandenen deutschen Strukturen verwirklicht werden. Dies brauchte Zeit. Aber zu Beginn, so scheint es, hat sich auch die Sowjetunion eine gesamtdeutsche Option offenhalten wollen. Es gab den einen Kontrollrat, der erst Anfang 1948 durch den Auszug des sowjetischen Vertreters lahmgelegt wurde, nachdem Moskau sich der Politik des Marshallplans versagte und den Staaten und Zonen seines Machtbereichs die Annahme von Mitteln dieses Hilfsprogramms für den Wiederaufbau Europas untersagt hatte. In der scheinbar hauptsächlich durch die unterschiedlichen Auffassungen in der Währungsfrage verursachten Berlin-Blockade offenbarte sich erstmals vor aller Welt der intransigente Wille Moskaus, die Lage in Europa und Deutschland allein unter dem Gesichtswinkel hegemonialer Machtausübung zu sehen. Im Zusammenhang mit dem sowjetischen Vorgehen in den ostmitteleuropäischen Staaten erkannten die Westmächte die Umrisse eines sowjetischen Konzepts, das – weit entfernt von alliierten Abmachungen aus der Kriegszeit – auf die Ausdehnung sowjetischen Einflusses auf ganz Europa gerichtet schien. Damals sind in den westlichen Hauptstädten die Entscheidungen für ein westliches Bündnis und den Widerstand gegen weiteres sowjetisches Vordringen gefallen. Aus diesem Ost-West-Gegensatz verdichtete sich die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen zur Zweistaatlichkeit Deutschlands.

Zwar hatte die Umgestaltung der sowjetischen Besatzungszone nach kommunistischen Vorstellungen schon 1945 begonnen; auch der Unterschied zur sowjetischen Besatzungspraxis in Österreich ließ bereits damals die langfristigen Zielsetzungen Moskaus ahnen. Aber bis in die 50er Jahre machte sich

auf den verschiedensten Gebieten das Beharrungsvermögen der vorhandenen Strukturen bemerkbar.

In der Entwicklung der einzelnen Felder innerdeutscher Kontakte, Verbindungen und Beziehungen werden immer wieder jene Zäsuren sichtbar, von denen die gesamte Nachkriegszeit im geteilten Deutschland gezeichnet ist (wie z. B. der Bau der Mauer, die Vertragspolitik ab 1970 und die Wiederaufnahme der Kontinuität in der Deutschlandpolitik ab 1982). Sie werden als bekannt vorausgesetzt.

I. *Die fortdauernden Beziehungen im Bereich von Post, Personenverkehr und Allgemeiner Verwaltung (Rechts- und Amtshilfe)*

a) *Post*

Der Postverkehr zwischen der sowjetisch besetzten Zone und den westlichen Zonen und ab 1949 zwischen der DDR und dem Bundesgebiet funktionierte von 1945 bis 1970 ohne rechtliche Abmachungen zwischen den beiderseitigen Postverwaltungen. Jede Zone hatte eigene Postverwaltungen errichtet, die unmittelbar nach Kriegsende ihre Tätigkeit aufnahmen. Aus ihrem Selbstverständnis war das Funktionieren der Post unverzichtbar. Auch die interzonale Zusammenarbeit wurde aufgenommen, weil man wie selbstverständlich von der Zusammengehörigkeit des deutschen Postgebietes ausging. Es gab rege Kontakte zwischen den beiderseitigen Postbehörden auf der Ebene der Hauptverwaltungen, der Bezirksdirektionen und Postämter. Ab 1950 übernahm für das Bundespostministerium die Berliner Außenstelle des Posttechnischen Zentralamtes die Verbindung zur Postverwaltung der DDR. Der rege Briefwechsel und die üblichen mündlichen Besprechungen wurden ab 1955 vom Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen der DDR inhibiert und Besprechungen auf Ministerebene gefordert. Dies wiederum lehnte die Bundesregierung – aus übergreifenden Gründen der sogenannten Hallstein-Doktrin – bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre ab.

Vom 24. Oktober 1945 an gab es einen zunächst stark eingeschränkten Briefverkehr, dessen Leistungen allmählich ausgeweitet wurden. Der Paket- und Päckchenverkehr zwischen West-Berlin und der SBZ wurde erst ab 16. Mai 1946 zugelassen. Am 10. Mai 1947 ordnete die Alliierte Kommandantur die Zulassung des Paketverkehrs zwischen Berlin und allen Zonen an (Höchstgewicht 7 kg). Damit gab es wenigstens einen indirekten Paketverkehr zwischen den Zonen, der sich allerdings privater Verbindungen über Berlin bedienen mußte. Die politischen Schwierigkeiten unter den Alliierten wirkten sich immer wieder nachteilig auf die von der sowjetischen Besatzungsmacht reglementierten Postverkehre aus (Einschränkung des Inhalts, umständliches